

Peter Köppinger

# **Südostasien – Partner Europas oder neuer Krisenherd?**

## **Stellenwert und Ausrichtung europäischer Entwicklungszusammenarbeit mit der Region**

**Südostasien ist auch nach der Asienkrise eine der dynamischsten Wachstumsregionen der Welt. Gleichzeitig ist in dieser Region, deren Kern die Staaten der ASEAN-Gruppe bilden, seit Jahren ein rasanter Prozess des gesellschaftlichen und politischen Wandels in Richtung Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaatsaufbau zu beobachten, verbunden mit großer Offenheit für die Kooperation mit europäischen Ländern. Die Stabilität der meisten Länder in der Region ist aber durch äußerst große ethnische und religiöse Heterogenität sowie wachsende soziale Gegensätze gefährdet. Der Funke des gewaltbereiten islamischen Fundamentalismus ist in Schlüsseländer der Region übersprungen. Partnerschaftliche Zusammenarbeit und Hilfe Europas für die Länder der Region, die sich gezielt auf die Überwindung der Schlüsselprobleme ihrer Entwicklung richtet, kann wesentlich dazu beitragen, dass die Entstehung eines neuen Weltkrisenherds verhindert wird.**

### **■ Südostasien heute: Profil einer Region**

Südostasien besteht im Wesentlichen aus den heutigen ASEAN Mitgliedsstaaten (Philippinen, Indonesien, Singapur, Malaysia, Brunei, Vietnam, Laos, Kambodscha, Thailand und Myanmar). Die dynamische Wachstumsregion mit mehr als 500 Millionen Menschen kann sich nicht auf eine gemeinsame Geschichte, auf eine verbindende Kultur oder religiöse Gemeinsamkeiten stützen. Die regionale Kooperation der Länder untereinander wurde vor allem angestoßen durch die Bemühungen der westlichen Länder, dem Ausgreifen des Kommunismus von China und Vietnam aus an der südlichen Flanke ein Bündnis entgegenzusetzen. Aber nach dem Ende des Ost-West Konflikts und der Einbeziehung der ehemals oder immer noch kommunistischen Länder Vietnam, Laos und Kambodscha sowie der Militärdiktatur in Myanmar in den ASEAN-Verband steht die Definition von gemeinsamen Zielen oder gar die Entwicklung einer gemeinsamen Identität noch am Anfang.

Kulturell, religiös und gesellschaftlich ist die Region heterogener als alle anderen Regionen der Welt. Indonesien, das größte Land Südostasiens, ist gleichzeitig der bevölkerungsreichste muslimische Staat der Welt. Thailand, Laos, Myanmar und Kambodscha, die eine gemeinsame Geschichte und teilweise verwandte Sprachen verbinden, sind die größte buddhistisch geprägte Region der Welt. Vietnam ist nach China – sieht man von Japan mit seinen buddhistischen

Einflüssen und deutlich anderer Ausprägung ab – die zweitgrösste Nation im direkten Einflussbereich chinesischer Weisheitslehren (Konfuzianismus, Taoismus). Die Philippinen sind das einzige überwiegend katholische Land in Asien.

Die meisten der südostasiatischen Länder sind auch in sich religiös und ethnisch sehr heterogen. Muslimische Minderheiten in den Philippinen und Thailand, chinesische Minderheiten in Indonesien, Malaysia und Vietnam, christliche Minderheiten in Vietnam und Myanmar und nicht zuletzt Bergvölker und Stämme mit Naturreligionen in fast allen ASEAN-Mitgliedsländern kennzeichnen das Bild unterhalb der staatlichen Ebene.

Diese Vielfalt bedeutet zunächst einmal – neben den damit verbundenen Chancen – eine Belastung und Gefahr für die Entwicklung der einzelnen Staaten wie auch für eine Integration und gemeinsame Entwicklung der Region. Diese Feststellung gründet sich weniger auf aggressive Haltungen der einzelnen Religionsgemeinschaften und Ethnien zueinander, als vielmehr auf ihre zunächst unterschiedliche Offenheit für moderne Wirtschaft und demokratische Staatsorganisation. Offenkundig ist dies im Falle der Stammes- und Bergvölker, die deshalb in Ländern, in denen sie große Teile der Bevölkerung stellen (z.B. in Myanmar und Laos), kaum an der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beteiligt sind. Aber deutlich ist auch, dass einerseits die von Ahnenkult und chinesischen Weisheitslehren geprägten Ethnien größere Beweglichkeit und Vorteile im Umgang mit Marktwirtschaft, Wettbewerb und modernen Formen der Bildung mitbringen, während demokratische Ansätze eher in den vom Christentum und teilweise auch in den von Islam und Buddhismus geprägten Ethnien zu finden sind. Die – trotz Asienkrise – im Weltvergleich weiterhin erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Malaysia und in Thailand steht nicht im Gegensatz zu diesem Befund, lässt sie sich doch weitgehend auf besonders aktive und erfolgreiche chinesische Minderheiten in diesen Ländern zurückführen.

Mit Ausnahme von Thailand waren alle Länder der Region Teil europäischer Kolonialreiche. Das Erbe der Kolonialherrschaft spielt auch heute noch, fast ein halbes Jahrhundert nach ihrem Ende, in den meisten Ländern eine wichtige Rolle.

■ Die meisten der südostasiatischen Länder sind auch in sich religiös und ethnisch sehr heterogen. Muslimische Minderheiten in den Philippinen und Thailand, chinesische Minderheiten in Indonesien, Malaysia und Vietnam, christliche Minderheiten in Vietnam und Myanmar und nicht zuletzt Bergvölker und Stämme mit Naturreligionen in fast allen ASEAN-Mitgliedsländern kennzeichnen das Bild unterhalb der staatlichen Ebene.

Positiv schlägt zu Buche, dass in einigen Ländern durch die Kolonialverwaltungen die Grundlagen für eine funktionsfähige Infrastruktur und leistungsfähige Verwaltungen sowie ein Grundverständnis für Rechtsordnungen und Justizapparate im Sinne des europäischen Rechtsstaatsbegriffs gelegt wurden – auch wenn vieles davon in nachkolonialen Kriegen und Wirren verlorenging oder zerstört wurde.

Negatives Erbe sind zum Teil die durch die Kolonialherrschaft mitverursachten enormen sozialen Probleme sowie die daraus resultierenden marxistischen Tendenzen gerade auch in vielen Intellektuellenzirkeln. In der Kolonialzeit wurden im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den kolonisierten Ländern an die Stelle der sich auflösenden traditionellen sozialen Sicherungssysteme keine neuen Systeme gesetzt. Auch ein sozialer Ausgleich zwischen den erfolgreichen und immer reicher werdenden lokalen Eliten und dem Gros der arm bleibenden und oftmals entwurzelten Bevölkerung wurde trotz der europäischen Erfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert nicht versucht. Die Folge war, dass sich in den meisten Ländern der Region in den Befreiungsbewegungen gegen die Kolonialmächte, die später die dominierenden Parteien stellten, in grossem Ausmass marxistisches Gedankengut wiederfand. In den drei Staaten Indochinas setzten sich auf diesem Hintergrund – politisch und militärisch unterstützt durch China und die Sowjetunion – kommunistische Bewegungen durch. Aber auch die autoritären Regime Indonesiens, Malaysias, Singapurs und Myanmars und – bis in die achtziger Jahre – Thailands sind nur auf dem Hintergrund der aktiven kommunistischen Bewegungen in diesen Ländern zu verstehen.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der zunehmenden Öffnung und Reformpolitik auch in den verbliebenen kommunistischen Ländern der Region erscheint zwar oberflächlich betrachtet die Gefahr eines erneuten Vordringens des Kommunismus in Südostasien gering. Es darf aber nicht übersehen werden, dass die Verelendung grosser Teile der Bevölkerung in Indonesien, den Philippinen und Myanmar im Zuge der Asienkrise sowie der Fortbestand enormer sozialer Gegensätze und bitterer Armut in Staaten wie Thailand und Kambodscha zusammen mit der Existenz marxistischen Gedankenguts an Univer-

sitäten und in zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft einen erneuten massiven Zulauf zu marxistischen Bewegungen und Parteien in einigen dieser Länder als durchaus möglich erscheinen lassen.

Südostasien ist als Region auch nach dem Ende von Kolonialzeit und Ost-West-Konflikt durchaus nicht spannungsfrei. Ungelöste Grenzfragen zwischen Thailand und Myanmar sowie zwischen Kambodscha und seinen Nachbarn Thailand, Vietnam und Laos sowie Probleme zwischen Singapur und Malaysia und insbesondere die gewalttätigen Sezessionskonflikte in verschiedenen Regionen der grossen Inselrepublik Indonesien sowie in den Philippinen erschweren eine zukünftige stärkere Integration der Region. Diese Spannungen und ungelösten Konflikte verblassen aber gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen, für Länder wie Vietnam auch militärischen Druck, den das riesige China an der Nordgrenze der Region potenziell ausüben kann und durchaus auch in territoriale Auseinandersetzungen – wie z.B. die Frage der Zugehörigkeit des ölreichen Gebiets um die Spratneyinseln – einbringt. Gleichzeitig sind intensive Bemühungen der Volksrepublik China um enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den meisten ASEAN Ländern und um mittelfristig dominierenden Einfluss in der Region erkennbar.

Wirtschaftlich, aber auch politisch, sind die Länder der Region – je nach Größe und Entwicklungsstand oder -perspektiven – umworbene Partner der anderen größeren Länder im Umfeld Südasiens, die den chinesischen Druck ähnlich, wenn auch teilweise eher mittelbar, erleben: Japan, Australien und Südkorea. Auch die USA, die sich im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft und des wachsenden wirtschaftlichen Potenzials der Region wie auch als Folge der ständig wachsenden Bedeutung der Volksrepublik China seit einigen Jahren wieder stärker um die asiatisch-pazifischen Kontakte bemühen, sind seit einiger Zeit spürbar an einer Verstärkung des Einflusses in der Region interessiert. Ähnliche Signale gibt es seit einigen Jahren aus Russland und Indien.

### ■ Stellenwert der Region für Europa

In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde Südostasien aufgrund

■ **Wirtschaftlich, aber auch politisch, sind die Länder der Region – je nach Größe und Entwicklungsstand oder -perspektiven – umworbene Partner der anderen größeren Länder im Umfeld Südasiens, die den chinesischen Druck ähnlich, wenn auch teilweise eher mittelbar, erleben: Japan, Australien und Südkorea.**

- seiner auch nach der Asienkrise weiterhin beachtlichen wirtschaftlichen Stärke,
- der weitgehenden Übernahme des marktwirtschaftlichen Ordnungsmodells,
- der zunehmenden Ausbreitung und Verfestigung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen und Regeln – trotz gelegentlicher Rückschläge – in den einzelnen Mitgliedsländern,
- der grundsätzlich vorhandenen Toleranz und Kooperationsbereitschaft der vielfältigen Ethnien und Religionsgemeinschaften und
- seiner in Ansätzen bereits erfolgreichen Bemühungen um regionale Integration

zu einem hochinteressanten wirtschaftlichen und politischen Partner für die Europäische Union. Dies hat seinen Niederschlag in dem neuen Strategiepapier der EU-Kommission und in der Neuformulierung des Asienkonzepts aus dem Jahr 1993 des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom August 2001 gefunden. Es drückte sich auch darin aus, dass formelle Kooperationsmechanismen mit regelmäßigen Abstimmungsgesprächen auf höchster politischer Ebene eingerichtet wurden (z.B. ASEM).

Doch gilt das auch heute noch, nach den barbarischen Terroranschlägen auf die USA und dem durch die Ereignisse des 11. September ausgelösten Paradigmenwechsel in der Weltpolitik? Eine der bislang noch zu wenig diskutierten, aber zentralen Aufgaben und Herausforderungen in der neuen Weltlage lautet, dass Formen des konstruktiven Zusammenlebens zwischen Angehörigen verschiedener Kulturen und Religionen sowie neue und intensivere, auf gemeinsamen Wertvorstellungen basierende Kooperationsformen zum Schutz und zur Förderung von Freiheit, Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit erarbeitet werden müssen. Im Lichte dieser Aufgabe dürfte das Interesse der Europäischen Union und anderer freiheitlicher Demokratien an einer engen Zusammenarbeit mit den Ländern Südostasiens und an einer positiven Entwicklung der einzelnen Länder in dieser Region wie auch an ihrer regionalen Integration zusätzliche Bedeutung gewinnen.

Die Länder Südostasiens, die sich in den achtziger und neunziger Jahren in einer im Weltmaßstab einmalig raschen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und

■ Eine der bislang noch zu wenig diskutierten, aber zentralen Aufgaben und Herausforderungen in der neuen Weltlage lautet, dass Formen des konstruktiven Zusammenlebens zwischen Angehörigen verschiedener Kulturen und Religionen sowie neue und intensivere, auf gemeinsamen Wertvorstellungen basierende Kooperationsformen zum Schutz und zur Förderung von Freiheit, Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit erarbeitet werden müssen.

politischen Entwicklung befanden, sind durch die Asienkrise und ihre Folgen noch stärker unter Reformdruck geraten. Oberflächliche Euphorie ist vielfach einer verstärkten Nachdenklichkeit gewichen, politische Strukturen stehen auf dem Prüfstand, Kontrollmechanismen zur Sicherung der Substanz von Demokratie, Rechtsstaat und sozialverträglicher Marktwirtschaft gewinnen an Bedeutung. Gleichzeitig sind aber auch die Risiken des Scheiterns und politischer wie sozialer Katastrophen in einigen ASEAN-Ländern gewachsen. Die Region birgt durchaus das Potenzial in sich, bei krisenhafter Entwicklung, politischer und wirtschaftlicher Destabilisierung und Verschärfung der existierenden Spannungen und Konflikte den Weltfrieden in ähnlicher Weise zu bedrohen wie derzeit der Nahe Osten. Das wird zunehmend deutlich, insbesondere, nachdem der Funken des gewaltbereiten islamischen Fundamentalismus bereits in die Region überggesprungen ist und in zwei politisch besonders wichtigen, aber gleichzeitig sehr labilen Schlüsselländern der Region, in Indonesien und den Philippinen, in den vergangenen Jahren von Osama bin Laden und seinem Netzwerk kräftig geschürt wurde. Deshalb sind mehr noch als vor dem Beginn der Asienkrise ausländische und insbesondere auch europäische und deutsche Partner willkommen:

- als Dialog- und Geschäftspartner in den entwickelteren Ländern mit qualifizierten Eliten,
- als Dialog- und Geschäftspartner, Strategieberater, Trainer von Eliten und Schlüsselgruppen und Umsetzungspartner von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen bei Reformen und Entwicklungsprogrammen in den weniger entwickelten Ländern und generell in Entwicklungsbereichen, die auch in den fortgeschritteneren Ländern der Region bislang vernachlässigt wurden.

In dieser Situation ergeben sich – angesichts der vielfach spürbaren Reserviertheit und sogar Abneigung gegenüber den USA – für die europäische und insbesondere auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit der Region ungewöhnlich weitgehende Kooperations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, die es in den kommenden Jahren im Interesse Europas und des Weltfriedens zu nutzen gilt.

■ **Die Region birgt durchaus das Potenzial in sich, bei krisenhafter Entwicklung, politischer und wirtschaftlicher Destabilisierung und Verschärfung der existierenden Spannungen und Konflikte den Weltfrieden in ähnlicher Weise zu bedrohen wie derzeit der Nahe Osten.**

## ■ **Schlüsselprobleme der Entwicklung in den Ländern Südostasiens**

Voraussetzung dafür, dass dies erfolgreich geschieht, ist allerdings eine sorgfältige Analyse der Schlüsselprobleme der Entwicklung der Region, die ja im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit direkt oder indirekt anzusprechen sind:

- 1) Während in den meisten Ländern der Region wirtschaftliche Ordnungsrahmen existieren oder im Aufbau begriffen sind, die der Privatwirtschaft und auch ausländischen Partnern und Investoren genügend Raum für erfolgreiches Produzieren und Handeln bieten, sind die soziale und ökologische Komponente der marktwirtschaftlichen Ordnungen in Südostasiens bislang völlig unterentwickelt. Der Hinweis auf die Belastung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch den Aufbau dieser Komponenten, der in fast allen Ländern zu hören ist, ist zwar kurzfristig nicht unberechtigt. Die negativen Auswirkungen der Existenz von Millionen von verelendeten, oftmals entwurzelten Menschen auf dem Land wie in den Städten, der unwiederbringlichen Zerstörung von Umweltgütern und der in manchen Bereichen unerträglich werdenden Umweltbelastungen auf die politische und gesellschaftliche Stabilität, auf die Legitimation der jeweiligen politischen Ordnungen und auch auf die mittelfristigen Rahmenbedingungen erfolgreichen Wirtschaftens machen jedoch in fast allen Ländern der Region den raschen und konsequenten Aufbau sozialer Sicherungssysteme, sozialer Ausgleichsmechanismen und ökologischer Schutzmechanismen und Anreizsysteme zu einer Aufgabe höchster Priorität.
- 2) In der Phase des Übergangs von der Kolonialherrschaft zu unabhängigen Staatsorganisationen sowie – in einigen Ländern – von zentralverwaltungswirtschaftlichen Mangelsystemen zu marktwirtschaftlichen oder zunächst gemischten Systemen mit staatsinterventionistischen Elementen ist in fast allen Ländern der Region das Problem der Korruption eskaliert und vielfach außer Kontrolle geraten. Das Ausmaß der großen Korruption in Verbindung mit Vettern- und Günstlingswirtschaft sowie Veruntreuung von Staatsgeldern sowie die Allgegenwärtigkeit der kleinen Korruption unter-

graben in wichtigen Ländern der Region die Produktivität der Privatwirtschaft, zerstören die Achtung der Bürger vor den staatlichen Institutionen und zersetzen das Ethos der Menschen. Angesichts der vor allem im chinesischen Kulturkreis starken Tendenz der Beschränkung ethischer Selbstbindungen auf den Kreis der engeren oder weiteren Familie und des weitgehenden Fehlens von Unrechtsbewusstsein bei vielen der Hauptakteure ist es mit dem Aufbau von Institutionen der Korruptionsbekämpfung alleine nicht getan. Erforderlich sind vielmehr vor allem eine breite gesellschaftliche Beschäftigung mit dem Problem der Korruption und seinen Folgen für die Menschen und die Entwicklung des Landes, die gesellschaftliche und politische Ächtung dieser Praktiken sowie eine konsequente, beharrliche Beseitigung der vielfältigen Ursachen.

- 3) In fast allen Ländern der Region lässt sich eine eklatante Schwäche der demokratischen Parteiensysteme diagnostizieren. Neben den Einparteiensystemen Vietnams und Laos' stehen autoritäre Systeme mit dominanten Staatsparteien oder Bewegungen (z.B. Myanmar, aber auch Singapur). In den Ländern mit funktionsfähigen Mehrparteiensystemen (Philippinen, Thailand, Kambodscha) sind die Parteien vielfach instabile Koalitionen um dominante Persönlichkeiten, Instrumente im Kampf um staatliche Gelder, Wahlkampfmaschinen ohne Programmatik und ohne Verantwortung für die politische Meinungsbildung, die Qualität ihrer Kandidaten in den Wahlen und den Brückenschlag zwischen der Bevölkerung und den demokratischen staatlichen Institutionen. Hiermit fehlen wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der politischen Systeme in diesen Ländern zu stabilen, von der Bevölkerung getragenen Demokratien.
- 4) Eng verknüpft mit diesem Problem und teilweise verstärkt durch die Schwäche des Parteiensystems ist die Schwäche demokratischer, rechtsstaatlicher und fiskalischer Kontrollmechanismen in den Ländern Südostasiens. Sie führt dazu, dass trotz existierender Kontrollinstitutionen die exekutive Gewalt, die Machtausübung und – oftmals verbunden damit – die Bereicherung der Mächtigen ohne echte Kontrolle bleibt. Die Mosaiksteine in diesem



„Machtkontrollproblem“, das sich in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark, aber auch in unterschiedlichen Formen darstellt, sind z.B. in manchen Fällen Parlamente, die reine Zustimmungsmaschinen zu den Beschlüssen und Gesetzentwürfen der jeweiligen Regierung sind oder ihr souveränes Haushaltsrecht de facto nicht wahrnehmen, fehlende oder nicht funktionierende Rechnungshöfe, vielfach korrupte, inkompetente Gerichte, die fehlende Umsetzung wichtiger Gesetze durch die öffentlichen Verwaltungen, unklare Verwaltungsverfahren, nicht funktionierende Beschwerdeverfahren, nicht existente oder kaum funktionsfähige Verwaltungsgerichte, Ombudsmänner und Verfassungsgerichte. Unzureichende Kontrollmechanismen verstärken ihrerseits wiederum das Korruptionsproblem sowie die Vernachlässigung elementarer Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheiten (sozialer und ökologischer Ordnungsrahmen, Lösung von Landproblemen usw.) durch die Entscheidungsträger in den Regierungen und unterminieren ebenfalls die politische Legitimität und Stabilität der jeweiligen Ordnungen.

- 5) Eine weitere durchgängige Schwäche der demokratischen oder teildemokratischen Systeme der Länder Südostasiens ist die vielfach noch fehlende oder noch sehr schwache Verankerung der Demokratie auf der örtlichen Ebene. Zwar wurden in den vergangenen Jahren in einigen Ländern (Indonesien, Philippinen, Thailand, zuletzt auch in Kambodscha und ansatzweise in Vietnam) Programme zur Dezentralisierung der Staatsorganisation bzw. zum Aufbau kommunaler Selbstverwaltungen begonnen, die Realität ist aber noch weit weg vom Ideal einer am Subsidiaritätsprinzip orientierten dezentralen Staatsgliederung. Somit fehlt in diesen Ländern ein weiteres wesentliches Instrument der Teilhabe der Bürger und der Verwirklichung der Demokratie als Lebensform. Auch hier ergeben sich wieder Zusammenhänge zu den oben skizzierten Problemen der Machtkontrolle und der Schwäche der Parteiensysteme: Beide Probleme sind leichter zu lösen nach dem Aufbau kommunaler Selbstverwaltungen.
- 6) Unterschiedlich frei und unterschiedlich entwickelt, jedoch insgesamt weit zurück hinter dem Standard

der westlichen Demokratien stellen sich auch die Medien in den Ländern Südostasiens dar. Hier sind jedoch in den vergangenen Jahren positive Entwicklungen in den meisten Ländern zu beobachten. Die Erhöhung der professionellen Kompetenz der Journalisten, die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für freie Medien in den einzelnen Ländern, die Stärkung der wirtschaftlichen Basis und damit der Unabhängigkeit von audiovisuellen und Printmedien, die verstärkte Zusammenarbeit von Medien und Journalisten in nationalen Verbänden und nicht zuletzt die Zusammenarbeit in regionalen Netzwerken sind notwendige Ansatzpunkte, damit die Medien ihre Rolle als „vierte Gewalt“ in der Demokratie in den einzelnen Ländern spielen können und zu größerer Transparenz in Staat und Gesellschaft als Voraussetzung von Demokratie und Entwicklung beitragen können.

- 7) In den Ländern Südostasiens ist die Mitwirkung von Frauen in den politischen Parteien, ihr Anteil an Parlamentariern, Regierungsmitgliedern, Richtern, hohen Beamten und in der Führung von Verbänden und wichtigen Institutionen und Organisationen Tätigen noch sehr gering. Damit fehlt diesen Ländern weitgehend der besondere dynamisch-pragmatische Beitrag, den in anderen Ländern und Weltregionen Frauen bei der Entwicklung leisten. Traditionen der Nichteinbeziehung von Frauen in das öffentliche Leben spielen vor allem in den von Ahnenkult und Konfuzianismus geprägten Ländern und den einflussreichen chinesischen Minderheiten noch eine wichtige Rolle, wenngleich diese Traditionen teilweise durch den Kommunismus und die Kriegserfahrungen mit massiver Einbeziehung der Frauen auch in die kämpfenden Truppen gebrochen wurden. Zurückhaltung gegenüber einer gleichberechtigten Einbeziehung von Frauen ins öffentliche Leben und damit auch in aktive Positionen in der Demokratie wird auch in den buddhistisch geprägten Ländern spürbar. So sind erstaunlicherweise neben den überwiegend christlichen Philippinen inzwischen vor allem in den überwiegend muslimischen Ländern Indonesien und Malaysia mit ihrer eher weltoffenen und modernen Interpretation des Islam Frauen in wichtige Führungspositionen aufgerückt. Auch in Ländern

mit hohem Organisationsgrad der Zivilgesellschaft zeigt es sich, dass Frauen leichter Wege finden, am öffentlichen und demokratischen Leben aktiv Anteil zu nehmen. So bilden z.B. die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen zur Armutsbekämpfung, Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, Schutz von Menschenrechten usw. in den Philippinen, Indonesien, Thailand und Kambodscha ein wichtiges Aktionsfeld für Frauen, aus dem heraus oft auch der Schritt zur aktiven Mitarbeit in demokratischen Parteien oder zur Kandidatur für öffentliche Ämter leichter möglich ist.

- 8) In den Gesellschaften Südostasiens haben in den vergangenen hundert Jahren System- und Kulturbrüche stattgefunden, die nicht ohne schwerwiegende Auswirkungen auf die traditionellen ethischen Normensysteme bleiben konnten. An die Stelle traditioneller, meist feudalistischer Systeme mit klaren muslimischen, buddhistischen oder konfuzianistischen Wertvorgaben für die Menschen traten die Kolonialmächte, deren christliche Ethik über Schulen und Missionierung oft nur Bruchteile der einheimischen Bevölkerung erreichte und meist auch durch das Auftreten und die Politik der Kolonialherren nicht glaubwürdig sein konnte. Kriege und Bürgerkriege standen in vielen Ländern am Anfang der Unabhängigkeit. Die Grausamkeiten und unvorstellbaren Tabubrüche, die damit (nicht nur im Kambodscha der Roten Khmer und im Vietnamkrieg, sondern auch z.B. in Indonesien, Malaysia oder Myanmar) verbunden waren, hinterließen in weiten Teilen der Bevölkerung vieler Länder ein ethisches Vakuum, das sich mit der Umorientierung von Subsistenzwirtschaft zu marktwirtschaftlichem Wettbewerb, der Zerstörung familiärer und dörflicher sozialer Sicherungssysteme und der zunehmenden Eingliederung der Länder in die Weltwirtschaft mit starkem, teilweise rücksichtslosem Egoismus und einer ausschließlichen Orientierung an Geld und materiellem Reichtum füllte. Bei allen Unterschieden in den einzelnen Ländern – und innerhalb der einzelnen Länder in den verschiedenen Ethnien und Bevölkerungsgruppen – stellt sich doch für jedes Land das zentrale Problem, wie erneut ein ethischer Minimalkonsens als Grundlage für die Ge-

setzestreue der Bürger, für die passive Mitwirkung bei Besteuerung und der Erfüllung von notwendigen Staatsaufgaben und für die aktive Mitwirkung in Demokratie und Zivilgesellschaft erarbeitet werden kann. Ohne Lösung dieses Problems ist abzu-sehen, dass z.B. Länder wie die Philippinen, In-donesien, Vietnam, Kambodscha und Thailand mittelfristig unregierbar werden.

### ■ Zielsetzungen, Schwerpunkte und Instrumente zukünftiger europäischer Entwicklungs-zusammenarbeit mit Südostasien

Angesichts dieser Schlüsselprobleme der Entwick-lung in den Ländern Südostasiens sollte die europä-ische Entwicklungszusammenarbeit mit der Region vor allem darauf gerichtet sein, dass

- 1) der Zusammenbruch politischer und gesellschaft-licher Ordnungen in Schlüsselländern der Region vermieden wird und sich die einzelnen Länder der Region wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch stabilisieren sowie durch zunehmende Integration zur Stabilisierung der gesamten Region beitragen,
- 2) durch die Stabilisierung und Integration der Re-gion ein Beitrag zum Machtgleichgewicht im asia-tisch-pazifischen Raum und zur konstruktiven Einbindung der Weltmacht China in die wirtschaft-liche und politische Entwicklung in Asien und da-mit zum Weltfrieden geleistet wird,
- 3) in der Region eine Staatengruppe entsteht, in der auf der Grundlage ethischer Vorstellungen Demokra-tie, Rechtsstaatlichkeit sowie sozial und ökologisch verantwortliche marktwirtschaftliche Ordnungen entwickelt und stabilisiert werden und die von daher aufgrund gemeinsamer Wertvorstellungen freund-schaftliche wirtschaftliche und politische Bezieh-ungen und eine enge Kooperation mit der Europä-ischen Union, den Mitgliedsländern der Europä-ischen Union sowie den Parteien, Vereinen, Ver-bänden und Unternehmen in diesen Ländern pflegt,
- 4) Modelle des friedlichen und für alle Beteiligten fruchtbaren Zusammenlebens von Ethnien und Re-ligionsgemeinschaften in den einzelnen Ländern der Region und in der Region als ganzer entwickelt werden, die auch auf andere Weltregionen ausstrah-len können.

■ **Hierzu erscheinen vor allem folgende Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung:**

- 1) Aufbau leistungsfähiger Erziehungs- und Ausbildungssysteme mit ungehindertem Zugang für Kinder und Jugendliche aller sozialer Schichten,
- 2) Lösungsansätze für die soziale Frage (Landreform, Gesundheitssystem, soziale Sicherungssysteme, sozialer Ausgleich, produktivitätsorientierte Armutsbekämpfung) und für den Aufbau eines ökologischen Ordnungsrahmens der Wirtschaft,
- 3) Förderung der Teilnahme von Frauen am öffentlichen und politischen Leben und Abbau von offenen und versteckten Benachteiligungen von Frauen,
- 4) Aufbau, Entwicklung, Stärkung demokratischer Mehrparteiensysteme,
- 5) Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und allen Institutionen und Mechanismen der Macht- und Finanzkontrolle (einschließlich Korruptionsbekämpfung),
- 6) Stärkung der legislativen Funktion und der Rolle des Parlaments (Kontrolle der Regierung, Haushaltsrecht),
- 7) Aufbau eines gerechten und leistungsfähigen Steuersystems als Voraussetzung für ausreichende Staatseinnahmen,
- 8) Dezentralisierung von Staatsstruktur und Aufbau kommunaler Selbstverwaltung,
- 9) Entwicklung von Unabhängigkeit, Professionalität und Vernetzung/Kooperation der Medien und Journalisten,
- 10) Erarbeitung von tragfähigen ethischen Grundlagen für heterogene Gesellschaften und von Konzepten zu ihrer Verbreitung und Akzeptanz in der Bevölkerung.

Hinsichtlich der Instrumente, die in der Entwicklungskooperation einsetzbar sind, lassen sich dabei zwei Gruppen von Ländern unterscheiden:

Zum einen gibt es die Länder, in denen breite, gut qualifizierte Eliten existieren, die im Grundsatz in der Lage sind, die Schlüsselprobleme der Entwicklung ihres Landes zu analysieren und an ihrer Lösung zu arbeiten. In diesen Ländern, zu denen vor allem die Philippinen, Singapur, Malaysia und Thailand, in

einigen Bereichen aber auch Indonesien gehören, kann ein wesentlicher Entwicklungsbeitrag vor allem durch Unterstützung und materielle wie immaterielle Stärkung qualifizierter einheimischer Partnerinstitutionen und -organisationen sowie durch Mitwirkung bei der Problemanalyse und durch intensiven Politikdialog geleistet werden. In dieser Hinsicht und im Lichte der veränderten Weltlage sollte auch die Absicht, Malaysia aus der Liste der Kooperationspartner zu streichen, noch einmal überdacht werden – vorausgesetzt, die seit dem 11. September sichtbare Tendenz, sich weniger scharf gegen den Westen abzugrenzen, führt auch zu einer stärkeren Bereitschaft zum Politikdialog.

Daneben gibt es die Länder, die aufgrund ihrer jüngeren Geschichte gar nicht oder nicht in ausreichendem Masse über eigene Expertise und qualifizierte Eliten verfügen, um die Lösung der Schlüsselprobleme ihrer Entwicklung selbständig und erfolgreich anzugehen. Diese Länder, zu denen vor allem Vietnam, Kambodscha, Myanmar und Laos gehören, stehen zusätzlich vor der schwierigen und anspruchsvollen Aufgabe, neben und zugleich mit der Entwicklung auch eine komplette Transformation ihrer Rechtsordnung, Verwaltungsstrukturen und Wirtschaftsverfassung vornehmen zu müssen. Hier ist ein wirksamer Entwicklungsbeitrag nur möglich, wenn – in Kooperation mit einheimischen Partnern – intensive Politikberatung zur Strategieentwicklung sowie zur Institutionenbildung verknüpft wird mit dem Training von Eliten und Schlüsselgruppen (Capacity-Building) und gleichzeitig Kooperationen bei Umsetzungs- und Implementierungsmodellen angeboten werden. In diesen Ländern, in denen die im Land verfügbare Expertise für die Lösung der Entwicklungsprobleme nicht ausreicht, ist auch der koordinierte Einsatz der vielfältigen Instrumente deutscher Entwicklungszusammenarbeit besonders wichtig (Technische und Finanzielle Zusammenarbeit, politische Stiftungen, DED und Integriertes Expertenprogramm, um nur einige der wichtigsten zu nennen). Ein solcher gut koordinierter Einsatz kann große Synergieeffekte für alle beteiligten Organisationen bewirken und Problemlösungen herbeiführen, die keiner der einbezogenen Organisationen alleine möglich wären.

■ In den meisten Ländern Südostasiens finden systematische Bemühungen zur Koordination der bilateralen und multilateralen Hilfen zur Entwicklung und zur Reform von Systemen statt, meist unter Führung von Weltbank, Asian Development Bank und United Nations Development Program (UNDP), und zwar immer stärker unter dem übergreifenden Titel „Good Governance“.

## ■ Kooperationen mit internationalen Organisationen

In den meisten Ländern Südostasiens finden – zum Teil im Rahmen der internationalen Hilfsprogramme im Gefolge der Asienkrise, teilweise (z.B. in den Transformationsstaaten Indochinas) bereits seit Anfang der neunziger Jahre – systematische Bemühungen zur Koordination der bilateralen und multilateralen Hilfen zur Entwicklung und zur Reform von Systemen statt, meist unter Führung von Weltbank, Asian Development Bank und United Nations Development Program (UNDP), und zwar immer stärker unter dem übergreifenden Titel „Good Governance“. Die Programme der deutschen politischen Stiftungen ebenso wie die Projekte der Technischen Zusammenarbeit (TZ) im sogenannten „Reformbereich“ zielen meist auf den Kern bestehender Entwicklungsprobleme und Reformvorhaben in diesen Ländern, können somit – soweit erfolgreich – wesentliche Beiträge zum Thema *Good Governance* erbringen. Nur durch reguläre Kooperation kann auf die Dauer sichergestellt werden, dass einerseits die Erfahrungen und Ansätze aus den deutschen Entwicklungsprojekten bei der Formulierung von Gesamtstrategien im jeweiligen Politikbereich berücksichtigt werden und andererseits die deutschen Maßnahmen nicht außerhalb oder gar im Gegensatz zu den von der koordinierten Gebergemeinschaft organisierten Programmen wirkungslos bleiben.

## ■ Ausblick

Südostasien bleibt nach dem kometenhaften Aufstieg der Region in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Schlüsselregion für die Weltentwicklung – auch und gerade nach den Ereignissen des 11. September. Seine Stabilisierung und geordnete, friedliche Entwicklung liegt in hohem Maße im Interesse Europas. Ob sich die Region in den kommenden Jahren zu einem Partner Europas oder zu einem neuen, hochgefährlichen Weltkrisenherd entwickelt, wird nicht zuletzt entschieden durch den Stellenwert, den Europa der Entwicklungszusammenarbeit mit Südostasien zumisst, und die sorgfältige Ausrichtung dieser Entwicklungszusammenarbeit auf die Schlüsselprobleme der Region.